

# Sankt PaulinX



... mit dem LINKEN Auge siehst Du schärfer!

Nr. 11 Mai/Juni 2012

**DIE LINKE.** St. Pauli

Kein Vertriebenenendenkmal  
im Karo Viertel  
S. 11

KEINE KÜRZUNGEN IN DER JUGENDARBEIT!

S. 5-7

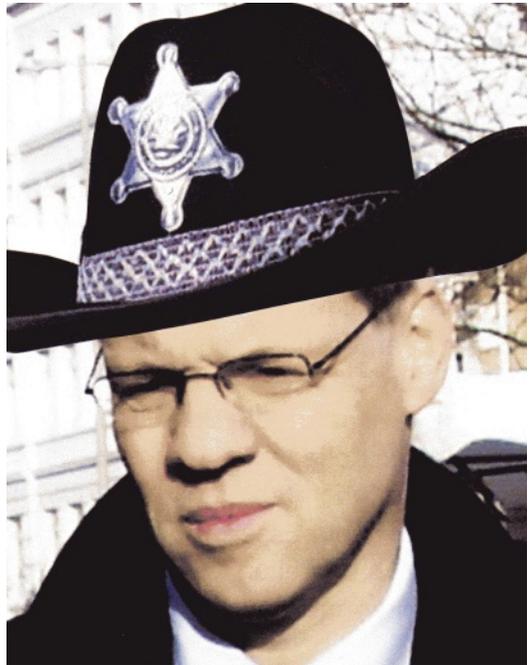
Trotz Einsturz kein  
Baustopp im BNQ  
S. 8-9

## Nach dem Sheriff ist vor dem Sheriff

Die letzte Ausgabe der Sankt PauLinX war noch nicht verteilt, da war endlich die seit langem von der LINKEN erhobene Forderung Realität geworden: Der den "Titel Sheriff mit Stolz" tragende Bezirksamtsleiter Markus Schreiber (SPD) war zurückgetreten und hatte damit die Konsequenzen aus den katastrophalen Zuständen im Jugendamt gezogen, das in seinen Aufgabenbereich fiel und den Tod eines Mädchens mitzuverantworten hatte.

Doch wer damit die Hoffnung auf einen Politikwechsel im Bezirk Hamburg-Mitte verband, wurde von der SPD enttäuscht. Die Regierungspartei lud zwar alle Oppositionsfractionen und die FDP zu Sondierungsgesprächen ein, meinte diese Einladung aber ganz offensichtlich nicht ernst. Da Johannes Kahrs, der "Pate" von Schreiber und einer ganzen Riege von SPD-Funktionär\_innen im Bezirk Mitte, zwar als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses zurückgetreten ist, nicht aber als Chef des SPD-Bezirksverbands, zieht er weiter auch offiziell seine Strippen und sorgt dafür, dass die SPD in Hamburg-Mitte weiterhin zum ganz rechten Flügel ihrer Partei gehört. DIE LINKE durchschaute das taktische Manöver und lehnte Verhandlungen mit der Kahrs-Phalanx ab (Artikel auf S. 3). CDU und Grüne, die sich auf die Gespräche eingelassen hatten, bestätigten die mangelnde Ernsthaftigkeit der SPD, für die schon zuvor festgestanden hatte, dass eine Koalition mit der FDP gewollt war. Und genau diese Konstellation gibt es nun im Bezirk.

Dass mit der "sozial-liberalen" (was für ein Etikettenschwindel!) Koalition kein Kurswechsel eingeläutet wird, zeigt auch die Wahl des neuen Bezirksamtsleiters Andy Grote (SPD). Das offene Ausschreibungsverfahren war reines Blendwerk,



die Entscheidung zugunsten des Kahrs-Vertrauten Grote stand längst fest.

SPD und Grote verfahren ganz nach dem Prinzip "Der Sheriff ist weg - es lebe der Sheriff": Grote ließ gleich nach seiner Wahl verlauten, dass er die Trinkerszene am Hauptbahnhof vertreiben wolle. Er setzt Schreibers Säuberungspolitik in Reinform fort. Auch die Vertreibung der angestammten Bevölkerung im Bezirk (Gentrifizierung) wird Grote fortsetzen. Zum geplanten Abriss der Esso-Häuser etwa hat er sich längst klar positioniert.

Wie DIE LINKE sich zu aktuellen Vorhaben und Entwicklungen positioniert und was sie der herrschenden Politik entgegengesetzt, darüber mehr in dieser Sankt PauLinX. Eine spannende Lektüre im Namen der ganzen Linken Stadtteilgruppe St. Pauli wünscht

*Markus Schneider-Johnen*

## LINKE Hamburg-Mitte gegen Koalition mit SPD

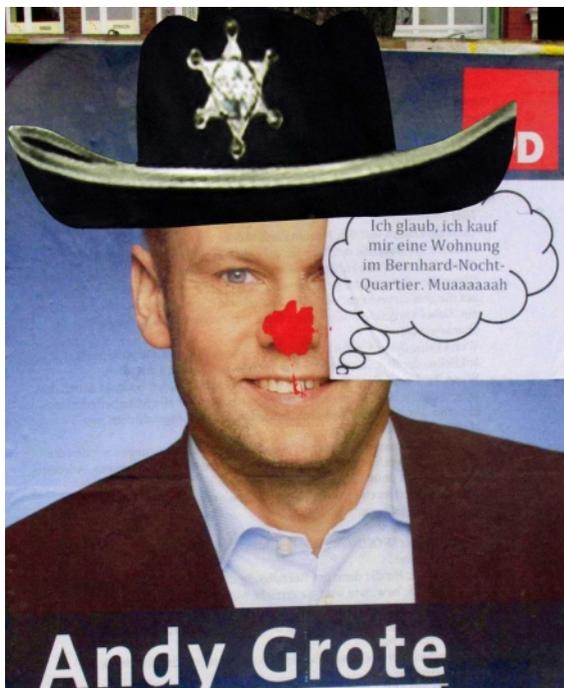
Die Linksfraktion Hamburg-Mitte erhielt nach dem Rücktritt des Bezirkssheriffs Markus Schreiber ein Schreiben der Bezirks-SPD, in dem die SPD der LINKEN Sondierungsgespräche anbot mit der Option, dass sich daraus Koalitionsverhandlungen entwickeln. Auf einer Mitgliederversammlung hat DIE LINKE Hamburg-Mitte entschieden:

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird auch durch die Politik der SPD in Hamburg-Mitte vertieft. Die Themen, die den Menschen in Mitte auf den Nägeln brennen, sind aus unserer Sicht: 1. Menschenunwürdige Armut und Massenerwerbslosigkeit, 2. Ausgrenzung und Abschiebung, 3. Wohnungskatastrophe und Vertreibung, 4. Katastrophale Zustände in der Jugendhilfe.

Deshalb ist ein Politikwechsel erforderlich. DIE LINKE steht in Opposition zur neoliberalen Bezirkspolitik in Hamburg-Mitte und nimmt ihre Verantwortung als Opposition im Bezirksparlament weiterhin ernst. Für eine Koalition oder für Sondierungsgespräche steht DIE LINKE nicht zur Verfügung. DIE LINKE Hamburg-Mitte ist aber jeder Zeit bereit zu Gesprächen mit der SPD, wie die Lage der Menschen in Hamburg-Mitte verbessert und ein Politikwechsel eingeläutet werden kann.

### Wahl des Bezirksamtsleiters:

## LINKE stimmte für Rüdiger Günther statt für Andy Grote



2011 im Bürgerschaftswahlkampf, jetzt der neue Bezirkssheriff: Andy Grote

Nach der Vorstellung der drei Kandidaten in der engeren Wahl für das Amt des Bezirksamtsleiters hat die LINKE Bezirksfraktion sich einhellig für den Kandidaten Rüdiger Günther (parteilos) entschieden, denn:

- Er hat Verwaltungserfahrung, auch mit Personalführung;
- er ist nicht parteipolitisch gebunden, aber politisch denkend;
- er will kein „Bezirksbürgermeister“ sein, wohl aber ein Verwaltungschef, der die Belange der Menschen und der Beschäftigten auch gegen Sparrvorgaben des Senats zu verteidigen bereit ist;
- er hat gute Ideen für die Fortentwicklung echter Bürger\_innenbeteiligung.

Leider haben für diesen qualifizierten Kandidaten nur ca. 1/3 der Abgeordneten gestimmt. Das Parteibuch von Herrn Grote (SPD) war den meisten offensichtlich wichtiger.

## Termine

### Rundgänge mit Marut G. Perle (Initiative für Geschichts(v)ermittlung)

Alle(s) saniert?! - ein Streifzug durch  
das Sanierungsgebiet Karolinentviertel

**Treffpunkt:** vor dem Messeingang Süd  
(U-Bahn Messehallen),  
immer Freitags, 17 Uhr  
am 8.6./15.6./22.6./29.6.

**Die Bahnhöfe der Sternschanze** -  
zur Geschichte des Schienenfern- und  
nahverkehrs im Zentrum Hamburgs

**Treffpunkt:** Werbesäule am S-Bahnhof  
Sternschanze/  
Ecke Schanzenstr.,  
immer Samstags, 15 Uhr  
am 9.6./16.6./23.6./30.6.



**Öffentliche Sitzblockade**  
gegen den geplanten Naziaufmarsch  
am 2. Juni -  
bei Ortswechsel wechseln wir auch!



## Gemeinsam Zeichen setzen! Gegen Nazis!

Öffentliche  
Fraktionssitzung  
2. Juni 2012, 10.00 h  
Gänsemarkt

**DIE LINKE.**  
Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

V.i.S.d.P.: Christiane Schneider, Fraktion DIE LINKE, Rathausamt 1, 20095 Hamburg



[www.sankt-paulinx.de](http://www.sankt-paulinx.de)

## Per Mail die aktuelle Sankt PauLinX

Leider erhalten (noch) nicht alle Haushalte im Viertel die Sankt PauLinX in ihre Briefkästen. Um aber sicher zu gehen, dass gleich nach Erscheinen die neue Ausgabe auch Dich elektronisch erreicht, gibt es zwei Möglichkeiten: entweder auf unserer Website [www.sankt-paulinx.de](http://www.sankt-paulinx.de) in den Mailverteiler eintragen oder eine Mail an [sankt-paulinx-abo-request@lists.die-linke-hh.de](mailto:sankt-paulinx-abo-request@lists.die-linke-hh.de) schicken.

### Impressum:

Herausgeberin: **DIE LINKE. STADTTEILGRUPPE ST. PAULI**

V.i.S.d.P.: Markus Schneider-Johnen, c/o DIE LINKE. Landesverband Hamburg,  
Wendenstr. 6, 20097 Hamburg, Mail: [viva@die-linke-st-pauli.de](mailto:viva@die-linke-st-pauli.de)

Redaktionsschluss für SPX Nr 12: 31.07.2012 Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Fotomontage: S. 1: ena; S. 10: Yo Loewi; S. 5-9,11-12: M. Schneider-Johnen, Fotomontagen S. 2-3: M. Schneider-Johnen

## Keine Kürzungen in der Jugendarbeit!

Den eingeschlagenen Weg von Sozialsenator Scheele und anderen, als Konsequenz aus dem Tod von Chantal fast ausschließlich die Kontrolle über die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den „ASDs“ (Allgemeine Soziale Dienste in den Jugendämtern) sowie über die Pflegefamilien, die Kinder bzw. Jugendliche bei sich aufnehmen, zu verstärken, bei gleichzeitiger Kürzung der Haushaltsgelder in der Jugendhilfe, lehnen wir entschieden ab.

Die 10%igen Kürzungen im Bereich der Jugendarbeit, insbesondere im Bezirk Hamburg-Mitte, sind ein Skandal und machen alle geäußerten Bestürzungen und öffentlich gezeigte "tiefe Betroffenheit" von Senat, Bürgermeister und vieler Bürgerschaftsabgeordneter von SPD, CDU, GAL und FDP zum Tod von Chantal im Nachhinein unglauwbüdig.

Einen Monat später haben alle Parteien im Bezirksparlament Hamburg-Mitte diese Kürzungspläne abgelehnt. Inzwischen haben sogar alle Jugendhilfeausschüsse in den sieben Hamburger Bezirken diese Kürzungen als unverantwortlich abgelehnt. Der Widerstand gegen die Kürzungssorgie formiert sich in ganz Hamburg.

**Stattdessen hat DIE LINKE im Jugendhilfeausschuss Hamburg-Mitte gefordert: Das Jugendamt braucht eine unabhängige Beschwerdestelle.** Die Einrichtung einer unabhängigen, von Anwälten geführten Beschwerdestelle für die vom Jugendamt betreuten Personen jeden Alters und für Außenstehende ist dringend notwendig. Diese Beschwerdestelle ist eine Maßnahme der Demokratisierung, der Transparenz und der Vertrauensbildung zum Jugendamt und zu seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen. Es muß Schluß damit



**Protest gegen Kürzungen am Hein-Köllisch-Platz**

sein, daß Beschwerden über eine staatliche Maßnahme von denselben Angestellten bearbeitet werden, über die eine Beschwerde vorliegt. Die Sicherung der Anonymität ist darum so wichtig, weil es die Menschen, die auf die Hilfe des Jugendamtes vertrauen und angewiesen sind, davor bewahrt, sich zu verstellen und zu unterwerfen, nur um den Eindruck zu erwecken, mit allem einverstanden zu sein. Darüber hinaus kann mit so einer Einrichtung eher gesichert werden, daß auch Beschwerden von Außenstehenden bearbeitet werden und Wirkung entfalten können.

*Christine Detamble-Voss,  
Linke Abgeordnete aus St. Pauli  
im Jugendhilfeausschuß*

ES IST NOTWENDIG, EIN GUTES KONZEPT DAFÜR ZU ERARBEITEN. DIE LINKE FREUT SICH ÜBER VORSCHLÄGE.

DARÜBER MÖCHTEN WIR GERNE DISKUTIEREN. DAHER LADEN WIR DIE LESERINNEN UND LESER DER SANKT PAULINX HERZLICH EIN ZU EINEM

STAMMTISCH

AM SONNTAG, 3. JUNI 2012, 17 UHR,  
IN DER TAVERNA PLAKA, SCHANZENSTR. 25.

## Sparen, bis der Arzt auch nicht mehr kommen will? - NICHT MIT UNS!

Die Zuwendungen für die Offene Kinder- und Jugendarbeit, für die Jugendsozialarbeit, für die Familienförderung und Familienberatung im Rahmen der Jugendhilfe und für die Sozialräumliche Angebotsentwicklung sollen im Doppelhaushalt 2013 und 2014 um 10,2% pro Jahr gekürzt werden. Weitere Kürzungen von 10% sollen bei Einrichtungen vorgenommen werden, die nicht bezirklich, sondern über den Landesförderplan finanziert werden. Dies ist erst der Beginn der Kürzungswelle im Jugendhilfebereich, es droht ein Kahlschlag! Der Kürzungsumfang beträgt 25 bis 49 Millionen Euro.

281 Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit betreuen nahezu 23.000 Hamburger Kinder und Jugendliche Woche für Woche. Sie kommen nachmittags nach der Schule, abends, am Wochenende und in den Ferien. Der offene und niedrigschwellige Charakter der pädagogisch betreuten Abenteuer- und Bauspielplätze, der Spielhäuser und Jugendzentren bietet ihnen für ihre Persönlichkeitsentwicklung einen viel freieren Raum, als es in der Schule möglich ist.

Doch diese Einrichtungen sind inzwischen personell und materiell unzureichend ausgestattet, während die Bildungs- und Betreuungsangebote in den Ganztagschulen ohne diese Einrichtungen schlicht nicht stattfinden könnten. Viele tausend Schulkinder werden von ihnen im Rahmen der Kooperation in der Schule wie in den Einrichtungen verbindlich betreut.

Trotzdem behauptet der für die Jugendarbeit zuständige Senator Scheele, man bräuhete künftig nicht mehr so viele Einrichtungen. Die Ganztagschule mache sie überflüssig. Die Dummen werden die Kinder und ihre Eltern sein. Mindestens sieben Millionen sollen allein in diesem Jugendhilfebereich „konsolidiert“ werden. Dabei beträgt der Gesamtetat für all diese Einrichtungen gerade einmal 33 Millionen Euro!

Im Vergleich dazu gibt der Senat für den Bau der Elbphilharmonie, für die Bürgerschaft zur zweifelhaften Rettung der HSH Nordbank, für den Kauf weiterer Aktienanteile an Hapag Lloyd und für die Vertiefung der Elbfahrrinne mehr als 4,5 Milliarden Euro aus. Geld, das woanders fehlen wird. Doch Hamburg unternimmt nichts, um die Einnahmesituation des Bundeslandes zu verbessern. Allein mit dem Verkauf der HEW gab die Stadt jährlich gut 500 Millionen Euro Gewinn ab, die in der Vergangenheit in den Landeshaushalt flossen. Die streicht sich nun Vattenfall ein. Der Senat wird z.B.



*Kürzungen bedrohen auch den Abenteuerspielplatz Am Brunnenhof.*

nicht aktiv, um die Vermögenssteuer wieder einzuführen. Stattdessen heißen die Zauberwörter Schuldenbremse und Konsolidierung, zugunsten des Kapitals und zulasten der Bevölkerung.



Die Empörung ist jedenfalls sehr groß. Der Landesjugendhilfeausschuss und alle sieben bezirklichen Jugendhilfeausschüsse lehnen die beabsichtigten Kürzungen ab. Sogar drei Bezirksversammlungen sprachen sich dagegen aus. Viele Eltern, Kinder, Jugendliche und Beschäftigte in den betroffenen Jugendhilfebereichen besuchten demonstrativ und laut die Ausschüsse und Versammlungen und stellten die PolitikerInnen zur Rede. Inzwischen wurden innerhalb von zwei Wochen mehrere tausend Unterschriften auf den Straßen, in den Einrichtungen und online gegen die Kürzungen geleistet.

**Am 29.05. werden mindestens 1.500 kleine und große TeilnehmerInnen zur Demonstration unter dem Motto „Keine Kürzungen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, in der Familienförderung und in der Jugendsozialarbeit!“ vom Hachmannplatz zum Rathausmarkt erwartet (Beginn: 16:00 Uhr). Dort wird am gleichen Tag ab 17:00 Uhr eine Sondersitzung des Familienausschusses der Bürgerschaft zum selben Thema stattfinden.**

Was so eine Einrichtung im Viertel leistet und welche Angebote sie für Kinder, Jugendliche und Familien schafft, verdeutlicht auch der Abenteuerspielplatz Am Brunnenhof: Hier spielen, klettern, bauen, basteln, töpfern, kochen Kinder und Jugendliche, reparieren Fahrräder, versorgen Hühner, bauen Gemüse an, nehmen am Gruppengeschehen teil oder fahren mit ihrem „Bau“ in das Ferienzeltlager und auf Kanutour. Sie erfahren Unterstützung, wenn es in der Schule nicht läuft, essen auf dem „Bau“ zu Mittag, machen dort ihre Hausaufgaben, bereiten sich auf Prüfungen vor und lassen sich im Rahmen der Berufsfindung beraten. Sportliche, geschlechtsspezifische, erlebnis- und theaterpädagogische Angebote kommen ebenso hinzu wie die Teilnahme an internationalen Jugendbegegnungen, die die Kinder ab 10 Jahren und Jugendlichen gemeinsam mit ihren europäischen PartnerInnen vorbereiten. Das Fachpersonal berät zum Wohle des Kindes und kann in kniffligen Fällen vermitteln. Jeden Tag besuchen mehr als 80 Kinder und Jugendliche den Abenteuerspielplatz. Neun Schulklassen und –gruppen werden dort wöchentlich am Mittag und Nachmittag betreut.

Nicht weniger lebhaft geht es auch im Haus der Familie zu, in dem ebenfalls viele Kinder und Jugendliche an den zahlreichen Angeboten von Kinderglück und KIZ teilnehmen. Wenn der Senat seine Kürzungspläne realisieren sollte, werden sie die Angebotsvielfalt und möglicherweise die Einrichtungen zur Gänze zerstören. Nicht Kürzungen sind Antworten für die Zukunft, sondern die bessere finanzielle und personelle Ausstattung von Schulen und außerschulischen Einrichtungen wie „Bau“ und Haus der Familie.

*Volker "Goli" Vödisch,  
Abenteuerspielplatz "Bau" am Brunnenhof*

## Trotz Mauereinsturz und illegalen Hausabbrisses im BNQ: Antrag auf vorläufigen Baustopp von SPD abgelehnt



**Denkmalgeschützt, Rückkehrrecht für Mieter\_innen,  
10jährige Mietpreisbindung, aber nun...**

erteilt, also erst dann, als der Gesamtabbruch alternativlos erschien, da Köhler & von Barga durch den Abbruch eines Großteils des Hauses inklusive des besonders erhaltenswerten Treppenhauses und der Fassade bereits vollendete Tatsachen geschaffen hatten.

Bereits in den Wochen vor dem Einsturz hatten Ausschachtungs- und Rammarbeiten die Nachbarschaft erschüttert. Schäden und Risse an Gebäuden in der Nachbarschaft waren entstanden und Anwohner\_innen hatten Absackungen im Gehwegbereich bemerkt.

Das Denkmalschutzamt hat Strafanzeige gegen Köhler & von Barga, die Baufirma Ewert GmbH und den Tragwerksplaner Joachim Baseler gestellt. Hintergrund ist die Vermutung, dass gegen anerkannte Regeln der Technik verstoßen wurde, deren Verletzung auch zu Gefahren für Menschen führen kann. Derzeit dauern die Ermittlungen und Prüfungen noch an. Mindestens bis deren Ergebnisse vorliegen, so haben Linke und Piraten gemeinsam im Bezirksparlament beantragt, sollte die Bauprüfabteilung eine Einstellung der Bauarbeiten anordnen. Schließlich ist es offensichtlich, dass durch den erfolgten Abbruch bzw. durch die nicht ausreichende Sicherung des denkmalgeschützten Gebäudes eklatant von den genehmigten Bauvorlagen abgewichen wurde.

Am 17. Februar stürzte im Zuge von Bauarbeiten das Gebäude Bernhard-Nocht-Str. 85-87 in Teilen ein und rutschte in die angrenzende Baugrube. Am selben und am darauf folgenden Tag ließen die Investoren Köhler & von Barga in mehreren Schritten das historische, denkmalgeschützte Haus aus der Gründerzeit komplett abreißen. Hierfür hatten die Bauherren keine Genehmigung. Erst nachdem die illegalen Abbrucharbeiten vorangetrieben worden waren, wurde eine Genehmigung zum Abbruch der noch verbliebenen Bausubstanz



**...nach dem Einsturz einer Mauer illegal abgerissen.  
Ein Schelm, der Böses dabei denkt.**



**Aktionsplakat im Viertel**

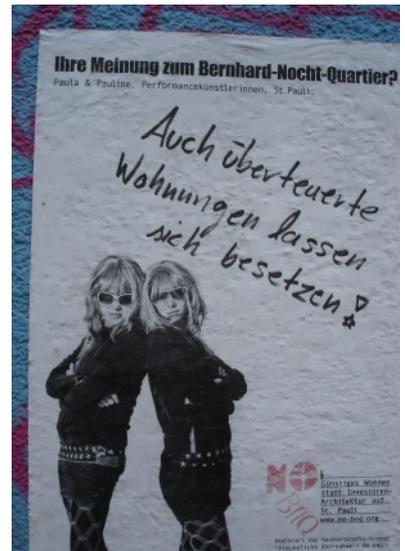
Und nur wenige Tage später gaben auf der April-Sitzung des Bauausschusses alle Fraktionen außer der Linken grünes Licht für weitere Abrisse und verdichtende Neubauten im Bernhard-Nocht-Quartier. Es darf also munter weiter zerstört werden – unfassbar!

Von Beginn der Planungen an war DIE LINKE gegen das BNQ, das die Häuser Bernhard-Nocht-Str. 65-87 und Erichstr. 13-19 umfasst. Die Planung sieht den Abriss preiswerter Wohnungen in erhaltenswerten Häusern und den Neubau von mindestens 63 hochpreisigen Luxuswohnungen vor - das alles, obwohl die betroffenen Häuser im städtebaulichen Erhaltungsgebiet St. Pauli-Süd liegen und inzwischen



Beantragt wurde deshalb auch ein Beweissicherungsverfahren, damit weitere Gefährdungen für Menschen sowie weitere Schäden an den im Baugebiet befindlichen Häusern, die allesamt in einem städtebaulichen Erhaltungsgebiet liegen, ausgeschlossen werden können. Außerdem sollte laut Antrag die Bezirksversammlung den Senat auffordern, die entsprechenden Behördenstellen anzuweisen, alle in diesem Zusammenhang vom Bauausschuss Hamburg-Mitte erteilten Baugenehmigungen, insbesondere die großzügigen abweichend vom Bebauungsplan gemachten Zugeständnisse zur Bebauungsdichte und zu Bebauungsabständen, zu prüfen.

Dieser Antrag wurde von SPD und FDP, die die Regierung im Bezirk Hamburg-Mitte bilden, abgelehnt.



**Plakat der Initiative "NO BNQ"**

auch die soziale Erhaltungsverordnung für ganz St. Pauli gilt, die der Verdrängung der angestammten Bewohner\_innen St. Paulis Einhalt gebieten soll. Dass diese Erhaltungsverordnungen zur Verhinderung des Bernhard-Nocht-Quartiers nicht angewendet werden, liegt allein am politischen Unwillen von SPD, FDP, CDU und Grünen.

*Markus Schneider-Johnen,  
zugewählter Einwohner St. Paulis  
im Bauausschuss*

## Am Karolinenplatz: Und ewig grinst die Gelbfußtermite

Beim Verkauf der Schrottimmoblie „Haus der Heimat“ an die Russisch-Orthodoxe Kirchengemeinde hatte die Stadt durchaus nicht verschwiegen, dass in dem Fachwerkgebäude aus dem 19. Jahrhundert ein wenig Termiten haust. Seit 2005 vegetiert das Haus als Sondermüll-Schrott-Immobilie vor sich hin.

Auch nach der Veröffentlichung zum „Haus der Termiten“ im Januar 2010 (siehe SPX 4, S. 8-9) gab es kaum tatsächliche Bewegung in der Sache, außer, dass die Russisch-Orthodoxe Gemeinde ihre Neubaupläne weiter verfolgt und der

umliegende Platz, der wie ein Parkplatz aussieht, stetig auch als solcher genutzt wird. Eine Errungenschaft der Gemeinde: Der Priester darf seinen PKW neben dem Kircheneingang parken - wegen der Notfalleinsätze (z.B.: „Autosegnungen“!).

An der Stirnseite des Fachwerkbaus stand bis vor kurzem ein Außengerüst für Werbebanner (Mode-Label Esprit und Lufthansa). Und einmal im Jahr kommt ein Biologie-Professor aus Berlin und stellt ein paar Meter außerhalb des Gebäudes Termitenfallen auf, um zu testen, ob die Gelbfußtermiten immer noch in dem Gebäude leben. Die Termiten schauen dann wie seit Jahren mal vorbei, grinsen sich eins und verschwinden wieder, um ihrer Lieblingsbeschäftigung nachzugehen: Holz fressen.

Hartnäckig hielt sich im Februar 2012 das Gerücht, wenn es noch kalt sei, werde das Haus abgerissen und als Sondermüll entsorgt. Jetzt ist es Mai, und nach ungestörtem Winterschlaf werden die Gelbfußtermiten wieder aktiv. Belastbare Informationen, ob sich die Termiten im Viertel verbreitet hat, gibt es für die AnwohnerInnen von Stadt und Bezirk nach wie vor nicht.

Und wenn es ganz schlecht läuft, beruft sich die Gelbfußtermite auch noch auf den Tier- und Naturschutz – schließlich ist sie die einzige Sub-Spezies dieser Art, die nur in Hamburg, nur in St. Pauli, nur im Karo Viertel vorkommt – so was toppt kein Wachtelkönig!

*Marut G. Perle,  
Stadtteilhistoriker  
und Mitarbeiter im Sanierungsbeirat  
Karo Viertel*



**Schrottimmoblie vor dem Abriss: Das "Haus der Heimat" ist von Gelbfußtermiten zerfressen.**

## Kein Vertriebenenendenkmal im Karoviertel!

Der „Landesverband der Vertriebenen“ beabsichtigt, am Karolinenplatz ein Denkmal für Deutsche, die im Zuge des Zweiten Weltkriegs vertrieben wurden, zu errichten. Gegen dieses Vorhaben erhebt sich energischer Widerspruch im Viertel und natürlich auch in der Linken. Zu diesem Vorhaben hier eine Stellungnahme von Christine Detamble-Voss, der Linken Abgeordneten im Cityausschuss, der mit dem Thema befasst ist:

Der Vorsitzende des Landesverbandes der Vertriebenen (LdV) in Hamburg, Herr Pietsch, erläuterte auf der Sitzung des Cityausschusses der Bezirksversammlung das Anliegen, einen Gedenkstein für vertriebene Deutsche am "Haus der Heimat" aufzustellen, wo der LdV bis 2005 tätig war und das vor dem Abriss steht.



**Im "Haus der Heimat" am Karolinenplatz hatte der Vertriebenenverband einst seinen Sitz; daneben die nun russisch-orthodoxe Kirche.**

In der Debatte begründete ich deutlich politisch die Ablehnung dieses Vorhabens durch DIE LINKE, insbesondere weil die Vertreibung der Deutschen aus den „Ostgebieten“ eine Folge des von den Deutschen angefangenen Zweiten Weltkrieges war. Und daß ohne Zweifel auch viele Kinder und Frauen unter dieser Vertreibung litten, aber doch nicht vergessen werden darf, daß die Ursache für diese Vertreibung der Zweite Weltkrieg war, den die Deutschen begonnen hatten und in dem sie u.a. Warschau dem Erboden gleich gemacht hatten. Ich erinnerte auch daran, daß Auschwitz in Schlesien liegt und Schlesien polnisch ist und bleibt und daß Willy Brandt und die ganze SPD wegen der Ostverträge von den Vertriebenenverbänden als Vaterlandsverräter beschimpft wurden. Zudem wies ich darauf hin, welche Reden bei den jährlichen Pfingsttreffen der Vertriebenen in München und Hannover

geschwungen werden, früher durch Herrn Hupka und nach dessen Tod nun von Frau Steinbach.

Mit soviel Ablehnung hatte der Vertreter des Vertriebenenverbandes nicht gerechnet. Den geplanten Gedenkstein auf dem Karolinenplatz wird es nicht geben. Dem Verband wurde geraten, diese Angelegenheit in der Kulturbehörde vorzulegen. Der Vertriebenenverband wird nicht aufgeben: Die Gedenktafel ist schon entworfen, der Stein ist schon da (er kommt aus Oberschlesien/Polen) und Geld genug ist auch vorhanden. Es fehlt nur ein passendes Plätzchen...

*Christine Detamble-Voss,  
Linke Abgeordnete aus St. Pauli  
im Cityausschuss*

## Fluchtursachen

Jeder Mensch hat das Recht sich zu bewegen, in Häusern statt schrecklichen Knästen zu leben, auf echte Verpflegung statt nem winzigen Gutschein. Deutschlands Gesetze? Die Tinte muss Blut sein! Denn die meisten, die fliehen, die sterben an Grenzen, für euch sind es Paragraphen, für uns sind es Menschen, die 'nen Grund haben zu fliehen, während Deutsche Konzerne an Unglück verdienen. Untergrundminen voll Uran oder Erz oder Panzerverkäufe an Paramilitärs, Diktatur oder Wahl? - euch doch egal, denn eure Moral wird in Euro bezahlt. Und wenn eure Marionetten nicht mehr gut aussehen, kommt die Bundeswehr oder die EU-Armee, erst verkauft man Maschinen, dann verkauft man 'n paar Minen und am Ende kann man noch am Wiederaufbau verdienen.

**Free Movement is everybody's right -  
Bleiberecht für alle überall, jederzeit!**

Und wenn diese Politik weltweit Flüchtlinge schafft, ist es klar, dass Europa seine Küste bewacht. Falls es trotz alledem noch jemand in das Land schafft, trifft er oder sie auf ne gut bezahlte Mannschaft. BGS oder Zoll machen scharfe Kontrollen, ihre Farben fürs Volk sind nur Schwarz, Rot und Gold. Dieser Staat will Erfolg und Profite hier sichern, leistet sich deswegen keine kritischen Richter. Selbst wenn du legal einen Aufenthalt hast, ist, worauf es hinausläuft, fast ausweglos Knast, denn wenn du nichtmal arbeiten darfst, weiß der Staat: Du kannst hier rein gar nichts bezahlen. Und du weißt: Wenn du die falsche Farbe hast, stehst du fabelhaft unter Dealer-Generalverdacht, holst dir eine Strafe ab dank Residenzpflicht, kein Mensch ist illegal und Deutschland nicht menschlich!

**Free Movement is everybody's right -  
Bleiberecht für alle überall, jederzeit!**

*Text: Holger Burner, Linker Rapper aus St. Pauli,  
[www.holger-burner.de](http://www.holger-burner.de)*